

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsministerin Ulrike Scharf

Abg. Elena Roon

Abg. Melanie Huml

Abg. Johannes Becher

Abg. Kerstin Celina

Abg. Anton Rittel

Abg. Doris Rauscher

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 a** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes

(Drs. 19/3816)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. Zur Begründung erteile ich Frau Staatsministerin Ulrike Scharf das Wort.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in schwierigen und instabilen Zeiten. Unsere Wirtschaft befindet sich im zweiten Jahr in einer Rezession. Die Steuereinnahmen sinken dramatisch. Während in Berlin weder ein Haushalt für das Jahr 2024 noch für das Jahr 2025 besteht, haben wir in Bayern einen soliden Doppelhaushalt und einen verantwortungsvollen Nachtragshaushalt aufgestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein solider Haushalt ist auch für Sozialpolitik und für soziale Gerechtigkeit grundlegend. Für mich steht die Frage im Mittelpunkt: Was brauchen die Familien? – Bei der Kinderbetreuung ist das ganz klar: Wir brauchen mehr Plätze, wir brauchen mehr Qualität, und wir brauchen mehr Personal. Ich stehe seit Monaten in engem Kontakt mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Trägern. Wir haben das Bündnis für frühkindliche Bildung mit den verschiedenen Arbeitsgruppen und sind uns einig: Wir müssen unser Kitasystem stärker unterstützen, stärker finanzieren und es auch entbürokratisieren. Beim Nachtragshaushalt haben wir eine Richtungsentscheidung für die Familien in Bayern getroffen. Die deutliche Kernbotschaft lautet: Es gibt keine Kürzungen bei Familie und Soziales.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wer von Kürzungen spricht, verbreitet Fake News. – Wir entwickeln die freiwilligen Leistungen für Familien weiter. Familien- und Krippengeld werden zum 1. Januar 2026

zu unserem Kinderstartgeld in Höhe von 3.000 Euro zusammengefasst. Somit bleibt es bei der individuellen Förderung der Familien. Bei dieser Richtungsentscheidung geht es ganz klar darum, direkte Leistungen für die Familien aufrechtzuerhalten und die Leistungen unseres Betreuungssystems in eine neue Balance zu bringen.

Bis das Kinderstartgeld kommen wird, wird noch ein gutes Jahr vergehen. Bis dahin gelten die bisherigen Regelungen. Wir haben das Verfahren vom Zentrum Bayern Familie und Soziales evaluieren lassen, und die Experten sagen uns ganz klar, dass sich unser Verfahren beim Krippengeld bewährt hat. An einer Stelle könnten wir aber noch effizienter werden. Aktuell müssen die Eltern bei der Antragstellung eine Einkommensprognose abgeben. Endet der Bezugszeitraum, müssen sie eine sogenannte erneute Erklärung einreichen. Hier müssen die Eltern noch einmal bestätigen, dass sie die Voraussetzungen für das Krippengeld weiter erfüllen, obwohl der Steuerbescheid zu diesem Zeitpunkt oft noch fehlt. Das sorgt für Unsicherheit und für unnötigen Stress. Wir wollen Müttern und Vätern diesen Stress nehmen und das Verfahren vereinfachen. Dafür legen wir heute dem Hohen Haus einen Gesetzentwurf für mehr Vertrauen und weniger Bürokratie beim Krippengeld vor.

Wie soll das neue Verfahren aussehen? – Es ist ganz einfach: Die Eltern stellen den Antrag, die erneute Erklärung entfällt. Wir setzen auf das Vertrauen und nehmen nur diejenigen Eltern in die Meldepflicht, bei denen sich maßgebliche Änderungen ergeben, zum Beispiel beim Einkommen. Im Ergebnis reduzieren wir den bürokratischen Aufwand für 25.000 Eltern und für die Verwaltung. Das ist eine richtige Win-win-Situation.

Diese Vereinfachung beruht sowohl auf den Empfehlungen des Bayerischen Normenkontrollrates als auch auf dem Rat der Kolleginnen und Kollegen dieses Hohen Hauses. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr Ratschlag ist sinnvoll; denn nur 4 % der Rückforderungen beruhen auf den erneuten Erklärungen. Wer Sorge hat, dass das System damit ausgenutzt wird, den kann ich beruhigen. Selbstverständlich wird es

weiterhin Stichproben geben. Die Mehrheit hält sich aber an die Regeln. Wir können den Familien in Bayern vertrauen.

Mit dem vereinfachten Verfahren senden wir ein ganz klares Signal. Wir sehen, was Eltern leisten, und unterstützen sie unbürokratisch und effektiv. Deshalb kann die erneute Erklärung entfallen, auch rückwirkend für laufende Verfahren. So entbürokratisieren wir das Verfahren zum Krippengeld, und noch wichtiger, wir entlasten die Eltern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern gibt den Familien Rückhalt, einfach, unbürokratisch und gemeinsam. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu dieser Änderung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Nach der Rednerliste ist die nächste Rednerin Frau Kollegin Elena Roon für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Elena Roon (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kollegen, liebe Bürger und Zuschauer! Ich habe meine Stimme noch nicht komplett zurück; aber das schaffen wir schon.

Wir von der AfD unterstützen diesen Gesetzentwurf. Er ist ein Schritt in die richtige Richtung, weil er Bürokratie abbaut. Weniger Papierkram hilft Eltern und Behörden. Aber eines ist auch klar: Ein einzelner Schritt reicht nicht aus. Echte Reformen müssen her – Reformen, die Familien wirklich entlasten.

Kommen wir zur Kinderbetreuung: Die Staatsregierung spricht oft von "Wahlfreiheit". Doch die Realität sieht anders aus. Familien, die ihre Kinder zu Hause betreuen, schauen in die Röhre. Nur Eltern, die ihre Kinder in eine Krippe oder eine Kita schicken, werden gefördert. Diese Einseitigkeit ist keine echte Wahlfreiheit, sondern eine

klare Benachteiligung. Für uns steht fest: Alle Eltern sollen die Wahl haben, wie sie ihre Kinder betreuen – ohne finanzielle Nachteile.

Jede Familie hat unterschiedliche Bedürfnisse – ja! – und sollte frei entscheiden können, ohne in eine bestimmte Richtung gedrängt zu werden. Aktuell gibt es in Bayern rund 373.000 Kinder unter drei Jahren. Doch nur ein Drittel von ihnen besucht eine Krippe; die Mehrheit wird zu Hause betreut. Warum gehen diese Eltern leer aus? Diese Frage bleibt unbeantwortet.

Studien zeigen, dass kleine Kinder insbesondere zu Hause durch eine enge Bindung zu den Eltern eine gesunde Entwicklung erfahren. Das ist nicht bloß ein politisches Argument, sondern auch eine wirtschaftlich untermauerte Tatsache. Kinder brauchen eine stabile Bindung, um sich optimal entwickeln zu können.

Viele Studien belegen, dass Kinder in Krippen oft Stress durch Trennung, Lärm und Überreizung erleben – eine Belastung, die ihnen gerade in den ersten Jahren erspart bleiben sollte.

(Beifall bei der AfD)

Die Staatsregierung jedoch drängt Mütter und Väter indirekt dazu, schnell wieder in den Beruf zu gehen, obwohl Studien und Umfragen deutlich zeigen, dass etwa 70 % der Eltern in Bayern ihre Kinder in den ersten Jahren lieber selbst betreuen würden.

Doch diese Stimmen werden überhört. Die sogenannte Wahlfreiheit verkommt zur Floskel; denn der wahre Kurs der Regierung ist es, die Kinder so früh wie möglich in die staatliche Betreuung zu geben.

An die CSU-Kollegen, die gerade vor mir sitzen: Dass Sie diesen Umstand immer noch nicht beseitigt haben, macht überdeutlich, dass Sie Ihre traditionellen familienpolitischen Positionen allesamt aufgegeben und ausnahmslos durch rot-grüne ersetzt haben.

(Beifall bei der AfD)

Warum wird das gemacht? – Angeblich, um die Wirtschaft anzukurbeln. Doch Kinder sind kein Wirtschaftsfaktor. Kinder sind das Herz unserer Gesellschaft. Sie verdienen gerade in den ersten Lebensjahren die beste Betreuung, und diese bekommen sie in aller Regel von ihren Eltern. Diese Zeit ist entscheidend und kann nicht nachgeholt werden.

Eltern sollen die Freiheit haben, diese wertvollen Jahre mit ihren Kindern zu verbringen, ohne unter wirtschaftlichen Druck gesetzt zu werden. Die AfD steht für eine Gesellschaft, die die familiäre Bindung stärkt. Bildung und Bindung, das ist unser Versprechen.

Kinder, die eine stabile Beziehung zu ihren Eltern haben, entwickeln sich gesünder und selbstbewusster. Deshalb sagen wir von der AfD: Eltern müssen selbst entscheiden können, was für ihre Kinder am besten ist. Der Staat sollte diese freie Entscheidung unterstützen, anstatt nur eine einzige Art der Betreuung zu fördern.

(Beifall bei der AfD)

Bildung durch Bindung ist der Schlüssel zu einer starken, stabilen Gesellschaft. Unsere Kinder sind die Zukunft. Sie verdienen die beste Fürsorge. Eltern sollen dabei die Unterstützung bekommen, die sie brauchen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin spricht für die CSU: Kollegin Melanie Huml.

Melanie Huml (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja schon einiges gehört. Ich kann Ihnen sagen, liebe Vorrednerin: Die Wahlfreiheit ist sowohl mir persönlich als auch uns als CSU-Fraktion enorm wichtig. Familien sollen Wahlfreiheit haben. Damit sie diese Freiheit, das heißt, eine echte Wahlmög-

lichkeit haben, muss es aber ausreichend Betreuungsangebote geben. Dafür stehen wir als CSU: für die Wahlfreiheit unserer Familien. Dieser Punkt ist uns entscheidend wichtig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Damit die Eltern Wahlfreiheit bzw. eine Wahlmöglichkeit haben, ist das, was wir vorhin von Ministerin Ulrike Scharf gehört haben, so wichtig: Wir brauchen in Bayern ausreichend Plätze, ausreichend Personal und eine entsprechende Qualität in den Kindertagesstätten, damit die Eltern Vertrauen in die Betreuungsangebote haben können.

Es ist notwendig, im Zusammenhang mit dem Haushalt zu überlegen: Wie ist es am besten? – Deswegen ist in der Haushaltsklausurtagung vom Kabinett entschieden worden, mehr Geld in die Strukturen zu geben. Aber das Geld bleibt ja für die Familien erhalten. Es wird nicht weggenommen, das heißt, es wird nicht gekürzt, sondern man kommt dem Wunsch der Familien nach Betreuungsplätzen bzw. nach mehr Möglichkeiten nach und lässt mehr Geld in die Strukturen fließen. Das Geld bleibt für die Familien insgesamt erhalten. Das möchte ich an dieser Stelle ganz klar betonen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bayern ist und bleibt Familienland! Das ist ganz klar.

Die Wahlfreiheit für die Familien ist für uns wirklich entscheidend. Meine beiden Söhne waren in einer Kinderkrippe. Ich kann Ihnen sagen – ich wage es zu behaupten –, dass es in unserer Familie eine sehr starke Bindung gibt, auch wenn die Kinder ab dem ersten Lebensjahr entsprechend betreut wurden.

Wenn wir es aber nicht nur mit der Wahlfreiheit der Familien, sondern auch mit der Entbürokratisierung ernst meinen – darum geht es in dem heute vorliegenden Gesetzentwurf –, dann müssen wir, wenn die Verwaltung uns sagt, dass das bisherige Verfahren zu kompliziert bzw. zu komplex sei, Änderungen vornehmen, und das tun wir. Es ist nämlich so, dass das Vorhaben, Bürokratie abzubauen, für uns nicht nur eine

Floskel ist, sondern von uns in die Tat umgesetzt wird. Wir haben mit Walter Nussel jemanden, der sich seit vielen Jahren intensiv dafür einsetzt. Wir wollen eine praxistaugliche Regelung sowie eine schlanke Verwaltung und schlanke Verfahren haben.

Der heute vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes ist genau hierfür ein gutes Beispiel; denn bisher haben wir beim Krippengeldverfahren drei Stufen. Man muss sich schon überlegen, ob es wirklich alle drei braucht. Nachdem wir es uns genau angeschaut haben, sind wir der Meinung – deswegen dieser Gesetzentwurf –: Auf die zweite Stufe kann verzichtet werden. Das ist ein Beitrag dazu, die Verwaltung und die Familien zu entlasten.

Wie ist das Verfahren zum Bayerischen Krippengeld bisher ausgestaltet? – Auf der ersten Stufe müssen die Eltern einen Antrag ausfüllen. Zuständig für die Bearbeitung ist das Zentrum Bayern Familie und Soziales; in jedem Regierungsbezirk befindet sich eine Regionalstelle. Der Antrag kann auch online gestellt werden. Diese Möglichkeit wird gut genutzt. Ich denke, mit der Onlinequote von zwei Dritteln kann man recht zufrieden sein. Das läuft also gut.

Dann aber kommt es zur zweiten Stufe. Das ist die Stufe, die wir mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf abschaffen – zu Recht. Auf der zweiten Stufe müssen die Eltern, nachdem sie das Geld schon erhalten haben, noch einmal einen Antrag ausfüllen, in dem sie quasi bestätigen: Alles, was wir bei der ersten Antragstellung angegeben haben, ist immer noch richtig.

Auf diese Bestätigung können wir im Grunde genommen verzichten; denn die auf der zweiten Stufe gemachten Angaben – die Eltern müssen also noch einmal ein Formular ausfüllen – müssen wiederum von Mitarbeitern des Zentrums Bayern Familie und Soziales durchgeschaut werden. Das ist ein bürokratischer Schritt, den wir nach unserer Ansicht nicht brauchen.

Die dritte Stufe, auf der es um stichprobenartige Prüfungen geht, ist sinnig. Im Rahmen dieser Prüfung wird geschaut, ob alles richtig ausgefüllt worden ist.

Wir haben es schon von der Ministerin gehört: Man hat festgestellt, dass 4 % der Erklärungen fehlerhaft waren. Angesichts von nur 4 % muss man sich schon überlegen, ob ein solcher Verwaltungsaufwand notwendig ist. Von daher ist das in meinen Augen der richtige Schritt.

Ich kann es noch mal sagen: Wir stehen zum Familienland Bayern. Wir kürzen nicht im Bereich der Familien, sondern das Geld wird anders investiert: mehr in die Strukturen, wie es eben auch von den Familien gewünscht wird, dass hier entsprechend mehr Plätze da sind, dass die Qualität steigt, dass mehr Personal da sein kann. Gleichzeitig ist es eben so, dass wir hier in dem Bereich, wo Bürokratie zu viel ist, die Familien auch entlasten wollen. Das tun wir mit unserem Gesetzentwurf heute. Dafür bitte ich um Zustimmung.

Wahlfreiheit heißt, wir brauchen Möglichkeiten. Wahlfreiheit heißt eben nicht, nur Einseitigkeit Richtung "Kinder nur zu Hause". Wahlfreiheit hat zwei oder gar noch mehr Wege.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor: der Kollege Johannes Becher von den GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Huml, ich habe der Pressemitteilung der Staatskanzlei aus der Kabinettsitzung entnommen, dass das Krippengeld, das jetzt ein bisschen weniger bürokratisch gemacht wird, wohl enden wird.

Meine Frage ist: Im Krippengeld gab es den guten Gedanken, sich den Familien auch nach Einkommen anzunähern. Die Familien, die es brauchen, sollen Krippengeld bekommen, und die Familien, die es nicht brauchen, bekommen halt kein Krippengeld. Diesen Gedanken haben wir beim Familiengeld und allen anderen Leistungen im U6-Bereich nicht. Daher hätte mich jetzt interessiert: Warum gibt man dieses Instrument jetzt auf und sagt, dass man keine einkommensabhängigen Transferleistungen will?

Denn das ist doch eigentlich der Punkt, das ist doch das, was sozial ist: denen zu helfen, die Hilfe brauchen. Die, die es alleine schaffen, brauchen die Unterstützung vielleicht eher, indem man das System unterstützt. Mehr Geld für Qualität in den Kitas hätte man ja eigentlich schon längst haben können. Das haben wir auch immer gefordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Kollegin Huml.

Melanie Huml (CSU): Zum einen sind wir mit dem, was jetzt im Kabinett beschlossen wurde, am Anfang eines Verfahrens. Wenn Sie den Bezug vom Einkommen abhängig machen, kommen Sie zum anderen sofort in den Bereich, dass Einkommen nachgewiesen werden muss, wo man kontrollieren muss, wo es einfach auch bürokratischer ist. Das sehen wir ganz klar, wenn wir uns anschauen, wie viele Mitarbeiter beim Zentrum Bayern Familie und Soziales für das Krippengeld zuständig sind und wie viele Mitarbeiter bisher beim Familiengeld zuständig sind.

Allein an der Zahl – wenn Sie sich die mal sagen lassen – merken Sie, dass es eben aufwendiger und bürokratischer ist, wenn man Verwaltungsschritte von irgendwelchen Kriterien abhängig macht.

(Johannes Becher (GRÜNE): Aber gerechter, zielgerechter!)

– Es mag im ersten Augenblick so aussehen, dass es gerechter sein mag. Aber es ist immer auch eine Frage der Abwägung. Wir wollen die Familien unterstützen. Das ist geplant ab dem ersten Lebensjahr, mit dem Familienstartgeld, diesen 3.000 Euro einmalig. In meinen Augen ist das eine Möglichkeit, Familien bei auslaufender staatlicher Unterstützung mit diesen 3.000 Euro in einer Phase, –

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin!

Melanie Huml (CSU): – in der Eltern ziemlich viele Ausgaben haben, zu unterstützen.
Und das Krippengeld –

Präsidentin Ilse Aigner: Nein!

Melanie Huml (CSU): – jetzt noch mal zu verändern, macht Sinn, weil es auf jeden Fall –

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, die Zeit ist vorbei!

Melanie Huml (CSU): – mindestens noch ein Jahr ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt hat die Kollegin Kerstin Celina für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Als ich die Ankündigung "Gesetzesentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes" gesehen habe, habe ich gedacht: Endlich die Lösung für die finanzschwachen Kommunen! Endlich der Kita-Rettungsschirm! Endlich die seit Langem benötigte Finanzspritze für die Kitas! Die Kommunen bekommen wieder Luft zum Atmen und die jungen Familien einen bezahlbaren Betreuungsplatz. – Genau das, was wir GRÜNE seit Langem im Bayerischen Landtag fordern.

Dann habe ich in dem Gesetzesentwurf Antworten gesucht, bin aber auf nichts gekommen. Der ganze Gesetzentwurf, den Sie hier vorlegen, umfasst eine einzige, winzige Detailregelung zur Entbürokratisierung. Das ist ein Detail, das als Punkt 10 einer Liste von To-do-Maßnahmen für Krippen und für Kitas vielleicht relevant wäre. Aber wo sind denn die ersten neun Punkte, die wir brauchen, um die Krise bei den Kitas und den Krippen zu beenden?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen ernsthaft ein einziges Formular abschaffen, während Sie gestern verkündet haben, das Familiengeld zu kürzen und das Krippengeld abzuschaffen – in einer Zeit, in der die Mieten für junge Familien nicht nur in München, sondern auch in kleineren Städten in ganz Bayern exorbitant steigen, in einer Zeit, in der die CSU mit ihrem Wohnungsbauprogramm nichts auf die Reihe bekommt und die Familien die Zeche bezahlen. Denen wollen Sie jetzt noch die Leistungen kürzen.

Sie trauen sich tatsächlich, angesichts der riesigen Probleme im Betreuungsbereich heute diesen – ich sage es bewusst – "popeligen" Gesetzesentwurf einzubringen, der nur dieses eine Formular betrifft. Seit Jahren fordern wir GRÜNE, Familiengeld und Krippengeld nicht mit der Gießkanne zu verteilen, sondern an die, die es brauchen, und stattdessen Geld in den Ausbau der Kita- und Krippeninfrastruktur zu stecken. Stattdessen bleiben Sie von CSU und FREIEN WÄHLERN stur bei der Linie.

Vor wenigen Wochen haben der Ministerpräsident und Sie, Frau Sozialministerin, stolz verkündet, zum millionsten Mal Familiengeld verteilt zu haben. 4,6 Milliarden Euro hat uns das in den letzten Jahren gekostet.

Das heißt, Sie haben in Zeiten, in denen wir hohe Einnahmen hatten, 4,6 Milliarden Euro mit der Gießkanne verteilt. Jetzt ist die Knete weg. Kein einziger Krippen- und Kitaplatz ist zusätzlich geschaffen worden.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Das ist eine Lüge!)

Die Beiträge explodieren, die Mieten explodieren, und jetzt, in der Krise, nehmen Sie den jungen Familien kurzfristig das Geld weg,

(Michael Hofmann (CSU): Wenn Sie lauter werden, wird es nicht wahrer!)

auf das sie vertraut haben. Viele Familien, die nicht viel Geld haben, bräuchten dieses Geld dringend, um die hohen Mieten in Bayern und die Betreuungskosten zu zahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Die Familien bezahlen die Zeche dafür, dass Ihr Ministerpräsident zum Mond fliegen will, dass Sie weiter die Stammstrecke bauen,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ach, so ein Quatsch! – Weitere Zurufe von der CSU)

dass Sie die dritte Startbahn am Flughafen weiterhin errichten wollen. All das kostet Geld, und bei den Familien kürzen Sie in Bayern das Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Das ist eine Kampfrhetorik der GRÜNEN, das ist unglaublich!)

Sie gehen hier mit dem Rasenmäher über Leistungen für junge Familien, und zwar wieder ohne zu unterscheiden, ob das Geld bei reichen oder armen Familien landet.

(Michael Hofmann (CSU): Ihr habt drei Jahre Zeit gehabt, Politik für Familien zu machen, und habt es in Berlin auch nicht gemacht!)

Ich frage mich wirklich, wie weit Sie von der Lebensrealität junger Familien entfernt sind. Natürlich ist es sinnvoll, die bayerischen Bürokratiegesetze, die Sie selbst erschaffen haben, zu durchforsten, zu durchstauben und zu entlüften. Aber ist Ihnen angesichts der massiven Krise, in der Kommunen, Kitas und Eltern sind, wirklich nichts weiter eingefallen, als diesen dünnen Gesetzesentwurf zu machen, mit einem einzigen Formular, das Sie abschaffen wollen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz ehrlich: Das, was Sie heute vorlegen, ist doch absurd. Da hat doch im Kabinett die rechte Hand nicht gewusst, was die linke tut. Oder man wollte dem Entbürokratisierungsbeauftragten noch schnell einen Punkt auf der Habenseite geben, bevor man die ganze Leistung abschafft, für die dieser Gesetzesentwurf jetzt ist. Sie wollen ein Formular für eine Leistung abschaffen, kurz bevor Sie die Leistung abschaffen wollen. Wie absurd ist das denn?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Statt uns mit diesem Gesetzesentwurf hier zu behelligen, hätten Sie besser erklären sollen, warum Ihr Ministerpräsident und Sie als Regierungsfaktionen in schwierigen Zeiten ausgerechnet bei Familien und Pflege sparen; denn die neue Familiengeld-Regelung bedeutet nichts anderes, als fast schlagartig weniger Geld für alle, egal ob sie viel verdienen, egal ob sie den Zuschuss brauchen oder nicht, um über die Runden zu kommen. Die, bei denen es jeden Monat um die Existenz geht, haben Sie nicht im Blick. Das ist die schlechteste und unsozialste Sozialpolitik, die man sich vorstellen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Anton Rittel für die FREIEN WÄHLER.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren! Ich glaube, wir haben nicht in Bayern eine Krise, sondern die Krise ist momentan in Berlin. Das ist eine Feststellung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wie meine Vorredner schon gesagt haben: Wir nehmen den Familien nichts weg, sondern es wird nur umgeschichtet.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Wenn ich es nicht mehr im Geldbeutel habe, ist es weg! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Langsam, langsam!)

Ich bin auch der Meinung: Wenn wir schon zu wenig Geld haben, dann müssen wir unser vorhandenes Geld effektiver einsetzen und dürfen es nicht nur mit der Gießkanne verteilen. Wir müssen es auch sozial gerecht verteilen.

Ich muss ganz klar sagen: Das, was wir hier machen, ist eine sozial gerechte Aufteilung, eine sozial gerechtere Aufteilung von Sozialleistungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Die geplante Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes ist ein wichtiger Schritt zur Entlastung von Familien und zur Entbürokratisierung der Verwaltung.

Ich muss zunächst betonen: Bürokratie ist keineswegs per se negativ, im Gegenteil: Sie ist ein unverzichtbares Werkzeug zur Organisation unseres Zusammenlebens. Sie gewährleistet Rechtssicherheit, schützt den Wettbewerb und macht Planbarkeit möglich. Wie wir alle wissen, kann sie aber auch ausufern, insbesondere dann, wenn Prozesse komplex werden und ihren Zweck verfehlen.

Ein besonders wichtiger Bereich, in dem wir diesen bürokratischen Aufwand verringern wollen, ist die frühkindliche Förderung und Betreuung. In Bayern haben Kinder ab dem ersten Geburtstag bis zum Schuleintritt einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung und Betreuung – sei es in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege. Dieser Anspruch soll allen Kindern eine gleiche Chance auf Bildung und soziale Teilhabe ermöglichen und damit auch den Eltern Freiräume schaffen, ihre beruflichen und familiären Aufgaben zu vereinbaren.

Um Familien bei den oft erheblichen Kosten der Kinderbetreuung zu entlasten, hat der Freistaat Bayern zum 1. Januar 2020 das Bayerische Krippengeld eingeführt. Dieses Krippengeld ergänzt den Beitragszuschuss für die gesamte Kindergartenzeit und soll gezielt finanzielle Hürden bei der Inanspruchnahme der Kindertagesbetreuung abbauen. Es richtet sich an Eltern im unteren und mittleren Einkommensbereich, sodass die Auszahlung einkommensabhängig ist.

Seit Einführung der Leistung haben bereits über 150.000 Kinder und deren Eltern vom Krippengeld profitiert; bislang wurden 200 Millionen Euro ausbezahlt. Das zeigt, wie wichtig diese Unterstützung ist und wie viele Familien darauf angewiesen sind. Es werden also die Familien unterstützt, die es nötig haben.

(Johannes Becher (GRÜNE): Aber das fällt jetzt weg!)

Präsidentin Ilse Aigner: – Moment, Moment, Herr Becher! – Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage von der Kollegin Celina, die Sie zulassen können oder auch nicht.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Nein, lasse ich nicht zu.

Präsidentin Ilse Aigner: Gut.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Bei der Einführung des Krippengeldes lag es dem Gesetzgeber am Herzen, die Verfahren so unbürokratisch wie möglich zu gestalten. Darum wurde das sogenannte Erklärungsprinzip eingeführt: Die Antragsteller machen eine Einkommensprognose für den Bewilligungszeitraum, und die Verwaltung verlässt sich im ersten Schritt auf die Angaben der Eltern. Ergänzend dazu gibt es eine stichprobenartige Überprüfung nach Abschluss des Bewilligungszeitraums, um die rechtmäßige Auszahlung zu gewährleisten.

In der Praxis hat sich jedoch leider gezeigt, dass das Verfahren mit drei Verfahrensschritten – der Antragsstellung, der verpflichtenden erneuten Erklärung und der Stichprobe – Eltern einen erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand abverlangt. Vor allem die erneute Erklärung hat sich als aufwendig und wenig effektiv erwiesen. Viele Eltern warten zu deren Zeitpunkt immer noch auf ihren Steuerbescheid, sodass ihnen die präzise Angabe ihres Einkommens erschwert ist.

Der neue Gesetzentwurf sieht deshalb vor, die verpflichtende erneute Erklärung zu streichen. Damit wird das Verfahren erheblich vereinfacht. Eltern, bei denen sich keine wesentlichen Änderungen der Einkommenssituation ergeben haben, müssen keine zusätzliche Erklärung abgeben. So werden rund 25.000 Familien in Bayern jährlich entlastet. Die stichprobenartige Überprüfung wird hingegen beibehalten, um eine hinreichende Kontrolle sicherzustellen.

Die geplante Änderung des BayKiBiG ist also kein Zufall, sondern das Ergebnis genauer Beobachtungen und einer Evaluierung der bisherigen Praxis. Die Rückmeldung

des Zentrums Bayern Familie und Soziales und die Erfahrungen der letzten vier Jahre zeigen, dass die Dreistufigkeit des Verfahrens überarbeitet werden muss.

Der Gesetzgeber war bei Einführung des Krippengeldes davon ausgegangen, dass bei den meisten Eltern zum Zeitpunkt der erneuten Erklärung ein Steuerbescheid vorliegt, den sie für die Angabe der Einkommenshöhe nutzen können. Tatsächlich ist das jedoch nicht der Fall, und Eltern bleibt nur die Möglichkeit, Schätzungen abzugeben – ein zusätzlicher unnötiger Aufwand.

Bei dieser Gesetzesänderung gehen wir einen weiteren Schritt hin zu einem bürgernahe Bayern, der Familien und Verwaltungsprozesse gleichermaßen entlastet. Mit der Abschaffung der erneuten Erklärung und der gleichzeitigen Beibehaltung der Stichprobe entlasten wir die Verwaltung und schaffen im Verfahren höhere Transparenz und Effizienz.

Ich bin davon überzeugt, dass dieser Schritt zu einer spürbaren Entlastung von Familien führt. Wie ich eingangs schon gesagt habe: Wenn wir sparen müssen, dann müssen wir das Geld effizienter einsetzen. Das machen wir hiermit. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und bitte um Unterstützung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, jetzt ist die Zwischenfrage in eine Zwischenbemerkung umgewandelt. Dazu erteile ich der Kollegin Kerstin Celina das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben gesagt, den Familien wird nichts weggenommen.

Ich bitte Sie, jetzt noch einmal konkret für das Protokoll zu erklären, warum Familien nichts weggenommen wird, wenn sie weniger in ihrer Tasche haben und von der Staatsregierung weniger überwiesen bekommen. Vorher wurden 4,6 Milliarden Euro fürs Familiengeld ausgegeben, ohne irgendeinen zusätzlichen Kita- oder Krippenplatz zu schaffen, ohne irgendetwas davon für die Infrastruktur zu verwenden. Jetzt wird

den Familien das Geld weggenommen, um die Aufgaben zu erfüllen, die Sie in der Zeit, in der Sie 4,6 Milliarden Euro einfach ohne Unterschied bei Einkommen und sonstigen Dingen ausgezahlt haben, nicht erfüllt haben.

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Wir nehmen den Familien nichts weg, sondern dieses Geld wird für die Infrastruktur verwendet. Ich glaube, das ist jetzt schon oft genug und deutlich gesagt worden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Ganz genau!)

Präsidentin Ilse Aigner: Danke schön. – Als Nächste spricht die Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich in der letzten Woche erfahren habe, dass wir heute über eine Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes sprechen werden, war ich doch ziemlich überrascht. Denn wenn es etwas gibt, worauf ich sehnsüchtig warte, dann ist es die im Koalitionsvertrag angekündigte Reform des BayKiBiG. Aber gleichzeitig dachte ich mir: Eine Reform des BayKiBiG, die schon so lange nötig ist, kann doch nicht ohne Verbändeanhörung über den Tisch gehen. Und es kann doch auch nicht sein, dass vonseiten der Verbände nicht ein Punkt durchdringt.

Tatsächlich geht es heute aber gar nicht um die große Reform und den großen Wurf. Wie wir gerade schon gehört haben, geht es leider lediglich um das Verfahren zur Beantragung des Krippengeldes. Das Verfahren wird vereinfacht, und dieses verschlankte Verfahren soll fünf Jahre erprobt werden. Herr Rittel hat gerade sehr schön vorge tragen, wie das Prozedere sein soll.

Seit der gestrigen Pressekonferenz des Ministerpräsidenten stelle ich mir aber schon die Frage: Warum beraten wir heute eine Gesetzesänderung lediglich bezüglich einer Verfahrensvereinfachung eines Verwaltungsprozesses für genau genommen nicht einmal ein Jahr? Es wurde auch keine verkürzte Beratung angekündigt.

Faktisch wird es das Krippengeld ab Januar 2026 nicht mehr geben, weil CSU und FREIE WÄHLER es einfach streichen. Künftig soll es zum ersten Geburtstag ein Kinderstartgeld in Höhe von 3.000 Euro geben.

Kolleginnen und Kollegen, die gestrigen Bekanntgaben sind ein Einstieg in massive Kürzungen ausgerechnet bei den Familien. Wir nennen es Kürzung, Sie nennen es Weiterentwicklung oder Umschichtung, und das bei zwei politischen Schwerpunktprojekten, die der Ministerpräsident immer kommuniziert hat: Familien- und Krippengeld.

Besonders belastet werden die Familien, die besonders von hohen Lebenshaltungskosten betroffen und auf dieses Geld angewiesen sind. Das betrifft Eltern, die ihr Gehalt im Handwerk, im Sozial-, im Dienstleistungsbereich verdienen: den Zimmerer, die Erzieherin, die Pflegekraft, den Bauhofmitarbeiter. Über diese Menschen sprechen wir hier.

Auch junge Eltern brauchen Planungssicherheit. Menschen werden sich künftig womöglich noch mehr überlegen, ob sie sich wirklich ein Kind oder sogar mehrere Kinder leisten können.

Nimmt man die Mitteilung ernst – ich nehme die Äußerungen unseres Ministerpräsidenten sehr ernst –, dann wird das Krippengeld komplett gestrichen und das Familiengeld halbiert. Wenn eine Familie also bisher insgesamt Familiengeld und Krippengeld bis maximal 8.400 Euro erhalten konnte, werden es künftig nur noch 3.000 Euro sein, also die Hälfte des derzeitigen Familiengeldes. Das entspricht für diese Familien einer Kürzung von 65 %. Da fällt das Krippengeld, das einzige Geld, das wenigstens sozial gestaffelt war, faktisch ganz weg. Das ist absolut unsozial.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein riesiges sozialpolitisches Armutszeugnis für Bayern. Ich finde, Sie sollten sich für diese Idee wirklich schämen.

(Arif Taşdelen (SPD): Bravo! Bravo! – Beifall bei der SPD)

Hinzu kommt die wirklich sehr verklausulierte Art der Kommunikation des Ministerpräsidenten. Man musste schon zweimal lesen, um festzustellen, dass das Krippengeld im Grunde künftig komplett unter den Tisch fallen wird. Seit Jahren fordern wir als SPD die Stärkung der Strukturen mit mehr Geld für Kitas und auch für die Pflege. Sich das Geld durch Kürzungen bei Familienleistungen quasi von hinten durch die Brust ins Auge wiederzuholen, ist wirklich ein fragwürdiges politisches Signal.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe inständig, dass diese Ankündigungen nochmals gut überdacht, im besten Falle zurückgenommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Zur Aussprache erteile ich noch einmal der Staatsministerin Ulrike Scharf das Wort.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wirklich gut, dass ich hier noch einmal ans Rednerpult treten darf, um mit manchem noch einmal aufzuräumen. – Frau Roon, was die Wahlfreiheit betrifft, haben Sie in Ihren Ausführungen gesagt: Die Familien, die zu Hause erziehen, würden nicht unterstützt werden. Das stimmt so schlichtweg nicht. Deswegen gibt es ein Bayerisches Familiengeld, das es nur in Bayern gibt und das jetzt in einem Kinderstartgeld zusammengeführt wird. Genau das gehört da auch zur Wahlfreiheit, ob ich heute eine Krippe für die Betreuung nutze und später eine Kita

oder ob ich zu Hause erziehe. Die Familien in Bayern werden unterstützt, und sie werden auch in Zukunft unterstützt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Celina, Sie empören sich über dieses kleine Detail, das wir in dieser Gesetzesänderung anbringen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Weil doch gekürzt wird!)

Ich sage Ihnen eines: Jeder Tag, an dem wir entbürokratisieren können und Dinge für Familien, aber auch für die Verwaltung einfacher machen können, ist ein guter Tag. Deshalb ist es genau richtig, diese Entscheidung jetzt herbeizuführen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie sprechen von Krisen in den Kitas und in den Krippen und von riesigen Problemen. Ich muss mich schon ein bisschen wundern, wie Sie über unsere Krippen und über unsere Kitas sprechen. Wir haben 118.000 Beschäftigte in unseren Kitas, in unseren Krippen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Reden Sie doch einmal mit den Leuten dort!)

– Ich bin jede Woche in einer Kita und in einer Krippe. Glauben Sie mir: Ich kenne die Situation vor Ort sehr genau. Sehr viele der über 10.700 Kitas, die wir in Bayern haben, funktionieren sehr gut. Das heißt nicht, dass wir nicht noch besser werden müssen; aber reden Sie nicht per se unsere Kitas in eine Krise. Da sind sie nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Frau Celina, mit einer Behauptung muss ich auch aufräumen: Sie behaupten, kein einziger Platz ist zusätzlich geschaffen worden.

(Widerspruch des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Ich weiß nicht, was Sie in der letzten Legislaturperiode wahrgenommen haben. 83.000 zusätzliche Plätze sind in der letzten Legislaturperiode geschaffen worden.

(Michael Hofmann (CSU): Richtig!)

In dieser Legislaturperiode kommen 50.000 weitere hinzu.

(Beifall bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Unglaublich!)

Dann sprechen Sie davon, das Geld wird gekürzt. – Ich kann Ihnen nur sagen: Das sind Fake News. Sie sagen, bei Familie und Pflege wird gespart. – Das sind Fake News. Lassen Sie mich einmal ganz kurz ein paar Zahlen nennen, damit sich das auch ein bisschen besser setzt: Der Sozialhaushalt ist der drittgrößte Einzelplan in unserem gesamten Staatshaushalt. Mehr als die Hälfte unseres Einzelplans in Höhe von 8,5 Milliarden Euro ist für Familien und Kinder vorgesehen, nämlich 4,8 Milliarden Euro. Für den Doppelhaushalt heißt das: Es gibt fast 10 Milliarden Euro für Familien und Kinder.

Einmalig in Bayern ist auch, dass wir das Familiengeld haben. Das wird es weiterhin geben. Es wird ein Kinderstartgeld. Wir haben 2,5 Milliarden Euro Betriebskostenförderung, Tendenz sehr steigend, für unsere Kitas. Wir haben einen Unterhaltsvorschuss, der Familien, gerade Alleinerziehende, mit über 300 Millionen Euro unterstützt. Wir reden von einem Beitragszuschuss bei den Kindern von über 550 Millionen Euro.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wird jetzt gekürzt oder nicht?)

Hören Sie also auf, davon zu sprechen, dass wir bei Familien und beim Sozialen sparen. Das stimmt so einfach nicht.

(Beifall bei der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE): Wird jetzt gekürzt oder nicht?)

Liebe Doris Rauscher, du sprichst davon: Die große Reform bleibt aus. – Das stimmt überhaupt nicht. Wir haben gestern eine Richtungsentscheidung getroffen. Wir haben

uns eine klare Vorgabe gesetzt, nämlich unser Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz weiterzuentwickeln. Wir sind mittendrin. Du sagst, die Verbände hätten nichts davon gehört und wurden überrascht. – Das stimmt so nicht. Wir sind im regelmäßigen Austausch mit dem Bündnis für frühkindliche Bildung in Bayern. Genau da sind alle vertreten, die bei der Kinderbetreuung eine Rolle spielen. Mit denen bin ich persönlich, ist aber auch unser Haus in verschiedenen Arbeitsgruppen regelmäßig im Austausch. Von massiven Kürzungen zu sprechen – das sage ich noch einmal –, ist Fake News. So stimmt das einfach nicht.

Im Übrigen begrüßen die kommunalen Spitzenverbände unsere Entscheidungen und sehen, dass wir den Ernst der Lage erkennen und auch erkennen, in welcher Situation wir insgesamt sind, dass wir insgesamt die Familien individuell und direkt unterstützen wollen, aber auch, dass es dringend notwendig ist, indirekt zu unterstützen, indem wir unsere Strukturen sehr viel besser stärken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Es gibt zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Die erste kommt von der Kollegin Doris Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Ich möchte einfach nur noch einmal kurz richtigstellen, Frau Ministerin: Ich habe nicht gesagt, dass die Verbände nicht involviert gewesen wären. Ich habe nur gesagt: Es hätte mich gewundert, wenn es die große Reform wäre und es keine Verbändeanhörung gegeben hätte; denn da wäre mit Sicherheit etwas durchgedrungen. Das stelle ich einfach nur noch einmal richtig.

Es ist spannend, wie Sie alle vonseiten der CSU und der FREIEN WÄHLER sich winden, klar zu sagen: Ja, es ist eine deutliche Kürzung, was die Geldleistungen für Familien betrifft. – Das sind Kürzungen zur Finanzierung des Krippenplatzes oder für andere Dinge. So ist es einfach. Es ist gut, dass endlich einmal mehr Geld ins System der Kitas kommt.

(Michael Hofmann (CSU): Ihr müsst euch jetzt schon einmal entscheiden, was ihr wollt!)

Es ist, wie Sie sagen, eine Umschichtung;

(Michael Hofmann (CSU): Ist es jetzt richtig oder falsch?)

aber es ist unterm Strich keine Mehrung der Ausgaben für den Bereich der Kinder unter sechs Jahren. Das ist einfach eine Feststellung.

(Michael Hofmann (CSU): Ihr habt in Berlin drei Jahre Zeit gehabt!)

– Nein, das hat nichts mit Berlin zu tun.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Huber (CSU))

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Frau Staatsministerin. Jetzt hat die Staatsministerin das Wort.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Ich kann dem gar nichts hinzufügen. Ich habe mir das genau so mitgeschrieben, dass die Verbände quasi überrascht wurden, dass sie nicht informiert wurden. – Das stimmt so einfach nicht, weil wir im ständigen Austausch sind. Eines ist auch wahr: Ich habe schon zu Beginn erwähnt, wir haben im Bund keinen Haushalt für 2024 und auch keinen für 2025.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Dann stimmt halt zu!)

Liebe Doris Rauscher, da hängt nämlich auch die Weiterentwicklung des Kita-Qualitätsgesetzes mit dran, das wir sehr dringend bräuchten, um gerade bei uns die Qualität zu stärken. Wir brauchen eine verlässliche, eine planbare Größe. Bei der Sprach-Kita steigt man aus,

(Thomas Huber (CSU): Genau!)

und gleichzeitig überträgt man die Verantwortung weiter; aber planen kann man nur dann,

(Zuruf)

wenn man verlässliche Politik auch in Berlin spürt. Es wird Zeit, dass der Wechsel kommt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von der Kollegin Kerstin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Zuständig für Kitas und für Bildung ist das Land. Der Bund gibt sehr viel Geld zusätzlich dazu, das wissen Sie. Jetzt ist meine konkrete Frage: Bayerns Familien bekommen in Zukunft viel weniger Familiengeld, und das Krippengeld fällt weg bzw. geht im Familiengeld auf. Das ist Fakt, oder?

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Das ist Fakt; aber das heißt nicht, dass die Familien weniger bekommen. Ich will das jetzt noch einmal erklären. Scheinbar versteht man das nicht beim ersten und beim zweiten Erklären.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nein, das versteht man nicht!)

Wir kürzen nicht bei den Familien, wir kürzen nicht beim Sozialen, im Übrigen auch nicht beim Landespflegegeld. Auch hier wird nicht gekürzt. Entscheidend ist, dass wir in der Situation, in der wir uns befinden und in der wir Steuermindereinnahmen von 1,8 Milliarden Euro haben – jetzt ist der Finanzminister nicht mehr da –, die Schwerpunkte so setzen müssen, dass das Geld bei den Familien und bei den Kindern bleibt. – Frau Celina, wenn Sie wissen, dass 99 % unserer Kinder

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

im letzten Kindergartenjahr, im letzten Kitajahr in der Kita sind, dann wissen Sie auch, dass alle Familien davon profitieren, dass wir unser System stärken.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Damit ist die Aussprache geschlossen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wird jetzt gekürzt oder nicht?)

– Weitere Fragen bitte ich, bilateral zu klären. – Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass Sie alle sich auch schon wieder mit den Stimmkarten auf die Wahlen vorbereiten können, die dann demnächst stattfinden.